



Partei des demokratischen Wiederaufbaus

Die KPÖ in der öffentlichen Verwaltung 1945–1955

MANFRED MUGRAUER

Das erste Nachkriegsjahrzehnt war jener Zeitraum, in dem die Kommunistische Partei Österreichs über den meisten Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung Österreichs verfügte. Sie war eine der Gründerparteien der Zweiten Republik und trotz ihrer rasch einsetzenden Ausgrenzung im Zuge des Kalten Krieges in wesentlichen Bereichen der österreichischen Politik und Gesellschaft verankert, etwa in der Bundesregierung, den Landesregierungen und der kommunalen Verwaltung. Auf gewerkschaftlicher Ebene und in den Großbetrieben war sie eine prägende Kraft, die auch im intellektuellen Leben über Ausstrahlungskraft verfügte und in Kultur und Sport einen gewissen Einfluss auszuüben in der Lage war. Bis 1959 waren Kommunisten im Nationalrat vertreten, in einigen Landtagen bis 1969/70 (und wieder seit 2005).

Dieser Beitrag stellt den Versuch dar, einen kompakten Überblick zu geben über die Positionen der KPÖ in der öffentlichen Verwaltung in den Jahren 1945 bis 1955: Zum einen in der Bundesregierung und auf parlamentarischer Ebene, in den einzelnen Landesregierungen und Landtagen, sowie zuletzt im kommunalen Rahmen. In diesem Kontext wird sowohl auf die provisorischen Gemeindeausschüsse und Gemeinderäte eingegangen als auch auf die kommunistischen Bürgermeister, die 1945 und in den Folgejahren im Amt waren.

Verantwortungsbewusste Regierungspartei

Zwei Faktoren waren dafür verantwortlich, dass die KPÖ im Jahr der Befreiung maßgeblich auf die innenpolitische Entwicklung Einfluss nehmen konnte: Zum einen die veränderte Weltlage und die damit verbundene Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse als Resultat des Zweiten Weltkriegs. Der Sieg der Roten Armee über den Hitlerfaschismus hatte das Prestige der Sowjetunion ungemein gesteigert.

Mit der Niederlage des Faschismus war aber auch eine weitreichende Diskreditierung des Großkapitals verbunden: Das kapitalistische System war 1945 insgesamt erschüttert. Vor diesem Hintergrund befanden sich die Linkskräfte in der unmittelbaren Nachkriegszeit europaweit in der Offensive. In Österreich waren diese weltpolitischen Faktoren auf eine besondere Weise mit der Innenpolitik verbunden: Der Osten des Landes wurde von der Roten Armee befreit, die Sowjetunion war in den nächsten zehn Jahren als eine der vier Besatzungsmächte im Land präsent. Die sowjetischen Stellen nahmen auch bei der Konstituierung der öffentlichen Verwaltung im April 1945 eine Schlüsselstellung ein, was sich für die Kommunistische Partei vorteilhaft auswirken sollte. Ihr wurde durch die Rote Armee ein starker Rückhalt verliehen.

Der zweite Faktor war die führende Rolle der KPÖ im antifaschistischen Widerstand. Sie war die Hauptkraft im Kampf gegen die NS-Diktatur und hatte dabei auch den höchsten Blutzoll zu entrichten. Nicht umsonst leitete Johann Koplenig in seiner Rede auf der ersten Parteiarbeiterkonferenz am 13. Mai 1945 die Berechtigung der KPÖ, an der Neugestaltung Österreichs teilzunehmen, direkt aus der aktiven Rolle ab, die sie im Freiheitskampf gegen den deutschen Faschismus gespielt hatte.¹ Die Partei trat so im April 1945 gestärkt aus Illegalität und Exil heraus und entwickelte sich im Jahresverlauf zu einer Massenpartei mit über 100.000 Mitgliedern.

In der Ersten Republik war die KPÖ eine kleine Partei mit geringem politischem Einfluss und ohne jede parlamentarische Vertretung. Sie gehörte in den Jahren bis 1933 weder dem Nationalrat an, noch war sie in einem der Bundesländer im Landtag vertreten. Auch die Anzahl ihrer Mandate in den Gemeinderäten blieb stets überschaubar: Ende der 1920er Jahre waren es Österreichweit ca. 50, nach den Gemeinderats-

wahlen der Jahre 1931/32, als die KPÖ im Zuge ihrer Wendung zur Massenarbeit in den Jahren der Weltwirtschaftskrise einen gewissen Aufschwung erlebte, waren es österreichweit nicht mehr als 70. Im Exil und zu Kriegsende verstand sich die KPÖ jedoch als demokratische Wiederaufbaupartei und entwickelte ihre Vorstellungen über die künftige Gestaltung eines neuen, demokratischen Österreich aus der Perspektive einer konstruktiv mitgestaltenden politischen Kraft. Ihr war also bewusst, dass sie nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus keine Oppositionspartei sein werde wie in der Ersten Republik, sondern eine verantwortungsbewusste Regierungspartei.²

Aufgrund der Schlüsselstellung der Roten Armee bei der Konstituierung der Provisorischen Regierung gelang es der KPÖ auch tatsächlich, an der ersten Regierung der Zweiten Republik als gleichberechtigte Partnerin von SPÖ und ÖVP teilzunehmen. Gleichberechtigt insofern, als alle Staatsämter (so hießen 1945 die Ministerien, um deren provisorischen Charakter zu unterstreichen) mit Vertretern aller drei Parteien – einem Staatssekretär und zwei Unterstaatssekretären der beiden anderen Parteien – besetzt waren: Mit dem Staatsamt für Inneres (Franz Honner) und jenem für „Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten“ (Ernst Fischer) wurden zwei Schlüsselressorts von Kommunisten geleitet. Johann Koplenig, Vorsitzender der Partei, war als Staatssekretär ohne Portefeuille de facto Vizkanzler und Mitglied des Politischen Kabinettsrats, des obersten Organs der Regierung. Die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 trägt auch seine Unterschrift.

An allen weiteren Ressorts war die KPÖ mit einem Unterstaatssekretär bzw. im Staatsamt für Volksernährung mit Hella Postraneky als Unterstaatssekretärin – der ersten Frau in einer österreichischen Regierung – vertreten. Insgesamt stellte die KPÖ zunächst neun



Karl Altmann, Unterstaatssekretär für Justiz, und Hella Postranecky, Unterstaatssekretärin für Volksernährung in der Provisorischen Regierung Renner.

von 34 Regierungsmitgliedern: neben den bisher Genannten die Unterstaatssekretäre Karl Altmann für Justiz, Franz David für soziale Verwaltung (zuständig für das Gesundheitswesen), Laurenz Genner für Land- und Forstwirtschaft, Hermann Lichtenegger für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr (zuständig für das Verkehrswesen) und Otto Mödlagl für öffentliche Bauten, Übergangswirtschaft und Wiederaufbau. Nach der Regierungserweiterung auf der ersten Länderkonferenz im Herbst 1945 waren es zehn von 39, nachdem Alfred Neumann von der KPÖ Steiermark als Unterstaatssekretär im neu geschaffenen Staatsamt für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung hinzugekommen war. Sie alle leisteten einen bedeutenden Beitrag zum Wiederaufbau der staatlichen Verwaltung.³

Nach den Wahlen im November 1945 – die KPÖ erreichte trotz höherer Erwartungen 174.257 Stimmen (5,42 Prozent) – war die Partei nur mehr mit einem Minister an der von Leopold Figl gebildeten Regierung beteiligt, nämlich Karl Altmann als Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung, einem neu geschaffenen Ressort. Nach außen hin war die Beteiligung der KPÖ an der Konzentrationsregierung Ausdruck der Bereitschaft, die demokratische Zusammenarbeit der drei Parteien auch nach den Wahlen fortzusetzen, von SPÖ und ÖVP und auch von den Westmächten wurde sie aber vor allem als Zugeständnis an die sowjetische Besatzungsmacht gesehen. Geheim einigten sich SPÖ und ÖVP auf ein Koalitionsabkommen, das die KPÖ ausklammerte. De facto existierte also bereits seit diesem Zeitpunkt

eine „Große Koalition“. Die Einbeziehung der KPÖ war vor allem einem taktischen Kalkül geschuldet: Durch die formale Teilnahme an den Regierungsgeschäften sollte ihre drohende Oppositionsrolle verhindert werden, von der Machtausübung auf Bundesebene wurde sie jedoch ferngehalten. So blieb Karl Altmann von den zentralen Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen und konnte als einziger Kommunist im Ministerrat die Regierungslinie nur unwesentlich beeinflussen. Im November 1947 schied die KPÖ anlässlich der Beschlussfassung der Währungsreform aus der Regierung aus und profilierte sich fortan als Oppositionskraft gegen die kapitalistische Restauration in Österreich.

Die KPÖ im Parlament

Die Novemberwahlen des Jahres 1945 waren für die KPÖ zwar enttäuschend verlaufen, dennoch war die Partei nun erstmals in der Geschichte Österreichs im Nationalrat vertreten.⁴ Die vier Mandate übten der Parteivorsitzende Johann Koplenig, die bisherigen Staatssekretär Franz Honner und Ernst Fischer (der damals als bester Redner im Parlament galt) sowie Viktor Elser aus. Elser war vor allem als Experte für Sozialpolitik und Fragen der Sozialversicherung anerkannt. Koplenig, der aufgrund einer Vereinbarung mit der ÖVP bis 1949 auch dem Hauptausschuss des Nationalrats angehörte, waren in einer internen Aufgabenteilung die Bereiche Agrarpolitik und Ernährung zugeordnet. Fischer kümmerte sich um die Außenpolitik, sowie um das Thema Entnazifizierung und Schulfragen. Honner beschäf-

tigte sich mit der Finanz- und Steuerpolitik. Für das Nationalratsbüro war Karl Altmann zuständig.⁵

Wesentliche Instrumente des Parlamentarismus blieben der KPÖ jedoch verschlossen: Aufgrund ihrer zahlenmäßigen Schwäche war es ihr nicht möglich, Anträge oder Anfragen einzubringen (hierzu waren acht bzw. fünf Mandate notwendig). Zu einer Änderung der Geschäftsordnung waren ÖVP und SPÖ nicht bereit. Nach den Nationalratswahlen im Oktober 1949 war die KPÖ (bzw. die von ihr gebildete Wahlliste „Kommunisten und Linkssozialisten“, kurz „Linksblock“) aufgrund des dazu gewonnenen fünften Mandats (213.066 Stimmen, 5,08 Prozent) in der Lage, zumindest Anfragen an Regierungsmitglieder zu stellen. Das neu erlangte Mandat übte der Linkssozialist Erwin Scharf aus. Ab diesem Zeitpunkt gehörten die KPÖ-Abgeordneten aber keinem der Parlamentsausschüsse mehr an.

Bei den Nationalratswahlen im Februar 1953 steigerte sich die von der KPÖ initiierte „Wahlgemeinschaft Österreichische Volksopposition“ (VO) zwar stimmenmäßig (228.159 Stimmen, 5,28 Prozent), verlor aber aufgrund der Wahlarithmetik ein Mandat. Die vier Mandate übten Koplenig, Honner, Fischer und Elser aus. Gottlieb Fiala, bis 1950 auch Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, war von 1949 und 1954 Mitglied des Bundesrats, der zweiten Kammer des Parlaments. Bei den Nationalratswahlen im Mai 1956 verlor die Liste „Kommunisten und Linkssozialisten“ ein Mandat (192.438 Stimmen, 4,42 Prozent), worauf bis zum Ausscheiden der Partei aus dem Parlament im Juni 1959 Koplenig, Honner und Fischer als Abgeordnete im Nationalrat verblieben.

Die KPÖ in den provisorischen Landesausschüssen

In den einzelnen Bundesländern wurden nach der Befreiung Österreichs vom Faschismus auf Grundlage von regionalen Parteienvereinbarungen die Landesregierungen, so genannte „provisorische Landesausschüsse“, gebildet. Die KPÖ war in allen neun Landesregierungen mit zumindest einem Mitglied vertreten (Tabelle 1), wenngleich in drei Bundesländern – in Tirol, Oberösterreich und Vorarlberg – ihre Beteiligung erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden konnte: in Tirol im Juli und in Oberösterreich und Vorarlberg erst im Oktober 1945. Am größten war der kommunistische Anteil an der öffentlichen Verwal-

tung in der sowjetischen Besatzungszone, also in den Bundesländern Niederösterreich und Wien, im Ende August wiedererstandenen Burgenland, das bis zu diesem Zeitpunkt zwischen Niederösterreich und der Steiermark aufgeteilt blieb, sowie zunächst auch in der Steiermark, die erst im Juli 1945 zur britischen Zone hinzu kam. Aber auch in den westlichen Bundesländern, die von den Amerikanern, Briten und Franzosen besetzt waren, war von Beginn an klar, dass die KPÖ einen nicht zu umgehenden innenpolitischen Faktor darstellen werde. Zum einen aufgrund ihrer führenden Rolle im antifaschistischen Widerstand, zum anderen war die Teilnahme der KPÖ an den Landesregierungen eine Widerspiegelung der Anti-Hitler-Koalition und der demokratischen Zusammenarbeit auf regionaler Ebene. Entgegen den Bestrebungen von ÖVP und SPÖ drängten beispielsweise in Salzburg selbst die Amerikaner auf die Einbeziehung eines Kommunisten in den provisorischen Landesausschuss, um eine Allparteienregierung sicherzustellen.

Die Bildung der provisorischen Landesausschüsse im April und Mai 1945 verlief in den einzelnen Bundesländern uneinheitlich.⁶ In einigen Fällen ging die Gewalt direkt von den NS-Funktionsträgern auf die politischen Parteien über, etwa in Kärnten, wo der Gauleiter Friedrich Rainer mit Sozialdemokraten und Christlichsozialen verhandelte und den Sessel erst dann räumte, als diese ihm zusicherten, dass sie keinen Kommunisten in die neu zu bildende Landesregierung einbeziehen würden. Insgesamt war es in den westlichen Bundesländern wesentlich schwieriger, autoritative Landesregierungen zu bilden als in der sowjetischen Zone, wo die Rote Armee die Verwaltung sofort in österreichische Hände übergab. So wurde in Oberösterreich von den Amerikanern zunächst nur eine Beamtenregierung eingesetzt, deren Chef der Regierungsdirektor aus der NS-Zeit war. In der Steiermark wurde der Landesausschuss Mitte Mai gebildet, als das Bundesland noch zur sowjetischen Zone gehörte. Als die Steiermark im Juli schließlich zur britischen Zone kam, musste die Landesregierung mehrmals umgebildet werden, bis die Briten schließlich einverstanden waren. Auch in Kärnten wurde der Landesausschuss von den Briten im Juni in ein bloß beratendes Gremium umgewandelt und erst im Juli wieder als Landesregierung anerkannt.

Wien war das erste Bundesland, in dem eine zivile Verwaltung auf Landesebene

Bundesland	SPÖ:ÖVP:KPÖ:sonstige	Umbildung
Wien	6:3:3	
NÖ	3:4:2	
Burgenland	3:4:2	
Steiermark	3:3:3	4:3:2
Kärnten	3:2:2:2:1 (Landbund, partellos)	4:3:1:1 (Slowene)
Oberösterreich	Beamtenregierung	3:5:1
Salzburg	2:2:1:1 (partellos)	
Tirol	Widerstandsbewegung	2:3:1:1 (Staatspartei)
Vorarlberg	5:3:0	6:3:1

Tabelle 1: KPÖ-Vertreter (farblich hervorgehoben) in den 1945 gebildeten Provisorischen Landesausschüssen vor und nach deren Umbildung.

gebildet wurde. Bereits unmittelbar nach der Befreiung der Stadt durch die Rote Armee begannen die Verhandlungen der drei Parteien über die Zusammensetzung des Wiener Stadtsenats. Auf Vorschlag von Ernst Fischer wurde der Sozialdemokrat Theodor Körner zum Bürgermeister designiert und am 18. April 1945 vom Stadtkommandanten Blagodatow ernannt. Einer der Stellvertreter Körners und Vizebürgermeister war Karl Steinhardt, der erste Vorsitzende der KPÖ bei ihrer Gründung im November 1918, der aufgrund seines Auftretens am ersten Weltkongress der Kommunistischen Internationale im März 1919 in die Geschichte der internationalen ArbeiterInnenbewegung eingegangen ist.⁷ Die Zusammensetzung des Wiener Stadtsenats folgte nicht wie jene der Provisorischen Regierung Renner der Drittelparität, gab es doch aufgrund des Verhältnisses 6:3:3 ein deutliches Übergewicht der SPÖ gegenüber KPÖ und ÖVP.

Neben Steinhardt, der nicht nur als Vizebürgermeister amtierte, sondern als Stadtrat für das Wohlfahrtswesen auch für die Kinder- und Erwachsenenfürsorge zuständig war, konnte die KPÖ zwei weitere amtsführende Stadträte nominieren: Franz Fritsch bzw. später Ernst Fellingner für das Ernährungswesen, sowie Viktor Matejka. Fritsch wurde als Vertreter der Revolutionären Sozialisten von der KPÖ namhaft gemacht, weil die Partei zu diesem frühen Zeitpunkt, unmittelbar nach der Befreiung, noch über wenige Fachleute verfügte. Fritsch trat im Vorfeld der Novemberwahlen definitiv zur SPÖ über und wurde durch den Kommunisten Ernst Fellingner ersetzt, der zuvor als politischer Sekretär von Fritsch im Ernährungsamt der Stadt Wien tätig

gewesen war.⁸ Matejka wiederum, in den Jahren des Austrofaschismus ein Bindeglied des ständestaatlichen Regimes zur illegalen ArbeiterInnenbewegung, war während der NS-Diktatur im Konzentrationslager inhaftiert und trat im April 1945 für viele überraschend der KPÖ bei, die ihn für den Wiener Stadtsenat nominierte.⁹ Seine Amtszeit als Kulturstadtrat gilt heute als geradezu legendär: Matejka war verantwortlich für die Wiedereröffnung der Theater, Konzertsäle und Kinos, initiierte die antifaschistische Ausstellung „Niemals vergessen“ im Herbst 1946 im Künstlerhaus, er förderte die Musikschulen und das Konservatorium, die Städtischen Büchereien und den Sport, baute die Modeschule Hetzendorf auf und war beteiligt an der Gründung des *Instituts für Wissenschaft und Kunst*. Bei all dem fiel er durch einen ausgesprochen unbürokratischen und unkonventionellen Arbeitsstil auf: Schwerpunkt seiner Arbeit war nicht der Schreibtisch oder die Verwaltung, sondern die konkrete Aktion in direkter Zusammenarbeit mit kreativen Kräften aus Wissenschaft und Kunst.

Wie in Wien wurde die Landesregierung auch in *Niederösterreich* – trotz der dominierenden Position der Roten Armee – nicht nach den Prinzipien der Drittelparität gebildet. Im provisorischen Landesausschuss unter Leopold Figl spielte die KPÖ sogar eine eher untergeordnete Rolle, gehörten ihr doch – gegenüber vier Mitgliedern der ÖVP und drei der SPÖ – nur zwei Kommunisten an: Zum einen Otto Mödlagl, der auch Unterstaatssekretär in der Renner-Regierung war und dessen Arbeitsbereich in Niederösterreich politisch weniger bedeutende Ressorts wie Hoch-, Wasser- und



Kommunistische Vertreter in provisorischen Landesausschüssen im Jahr 1945 (v.l.n.r.): Otto Mödlagl (Niederösterreich bzw. Burgenland), Laurenz Genner (Niederösterreich), Viktor Elser (Steiermark) und Josef Tschofenig (Kärnten).

Maschinenbau und ähnliche Agenden umfasste. Zum anderen Karl Podrazky, der erst Mitte Juni als letztes der neun Mitglieder der Landesregierung sein Amt antrat und für die Abteilungen Soziale Verwaltung, Sozialversicherung und Gesundheitswesen zuständig war. Als Mödlagl im August als stellvertretender Landeshauptmann ins Burgenland wechselte, trat Laurenz Genner seine Nachfolge an, der ebenso der Provisorischen Regierung als Unterstaatssekretär angehörte.

In Mattersburg im *Burgenland* wurde bereits am 11. April 1945 ein provisorisches Landeskomitee gebildet, dem nach seiner Erweiterung am 11. Mai neben jeweils drei Sozialdemokraten und Christlichsozialen mit Michael Pinter und Franz Michalitsch auch zwei Vertreter der KPÖ angehörten.¹⁰ Es handelte sich dabei aber um keine autorisierte Landesregierung, da das Burgenland erst am 29. August 1945 als Bundesland wiederhergestellt wurde. In diesem Zuge wurde ein neunköpfiger provisorischer Landesausschuss etabliert mit zwei kommunistischen Mitgliedern: Otto Mödlagl als 2. Landeshauptmannstellvertreter und Vinzenz Böröcz, der als Landesrat keinen eigenen Geschäftsbereich hatte, aber vor allem mit Fragen der Landwirtschaft und der Ernährung befasst war.

Im Unterschied zu Wien und Niederösterreich wurde in der *Steiermark* im Mai unter der Ägide der sowjetischen Stellen eine drittelparitätisch besetzte Landesregierung gebildet: jede der drei Parteien stellte drei Landesräte. In der bereits vor dem Einmarsch der Roten Armee von Reinhard Machold (SPÖ) am 8. Mai gebildeten provisorischen Landesregierung war mit Ditto Pölzl zwar bereits ein Kommunist vertreten, allerdings als Exponent der Gewerkschaftsbewegung. In den darauffolgenden, bis

zum 15. Mai währenden Verhandlungen, in die auch KPÖ-Generalsekretär Friedl Fűrberg eingriff, konnte die KPÖ schließlich ihre Ansprüche durchsetzen:¹¹ Viktor Elser, in der Ersten Republik Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft und sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, wurde Landeshauptmann-Stellvertreter und war als Landesrat zuständig für die Verwaltung der Bezirke und Gemeinden und die Gesundheitsfürsorge, Ditto Pölzl wurde Landesrat für Kultur, Kunst und das Schulwesen, Raimund Bachmann wiederum Landesrat für Soziale Verwaltung. Nachdem die Briten am 24. Juli 1945 die Steiermark als Besatzungsgebiet übernommen hatten, wurde von der Militärregierung die Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses in Auftrag gegeben. Deren Versuch, die neue Landesregierung im Verhältnis 4:4:1 und damit zu Lasten der KPÖ neu zu bilden, konnte aber abgewendet werden, und die KPÖ verlor schließlich nur einen Sitz an die SPÖ. Elser und Pölzl blieben auch in der am 7. August 1945 anerkannten Landesregierung Landesräte.

Der am 8. Mai 1945 in *Kärnten* konstituierten zehnköpfigen Landesregierung gehörten zwei Kommunisten an.¹² Nachdem am 7. Mai zunächst Vinzenz Darebnicek und Albin Tschofenig vorgesehen waren und zu Beginn der Sitzung am 8. Mai Karl Perchtold anstelle von Darebnicek kooptiert wurde, übernahm noch am selben Tag – nach dem Übertritt Perchtolds in den Klagenfurter Gemeinderat – Josef Hany das Referat „Soziale Fürsorge“. Tschofenig wurde Landesrat für das Wohn- und Siedlungswesen. Am 4. Juni lösten die Briten die provisorische Landesregierung auf und wandelten sie in einen zwölfköpfigen Konsultativausschuss um, dem weiterhin Hany und

Tschofenig angehörten. Als am 25. Juli 1945 eine auf neun Köpfe verkleinerte Landesregierung ernannt wurde, war die KPÖ in dieser nur noch mit Josef Tschofenig, dem Bruder Albins, vertreten, der in der Zwischenzeit aus dem Konzentrationslager Dachau zurückgekehrt war. Ihm wurde das Referat „Wiederaufbau, Wohn- und Siedlungswesen“ übertragen. Im September 1945 wurde er zu einem der drei stellvertretenden Vorsitzenden der KPÖ bestellt, eine Funktion, die er bis zum 14. Parteitag im Herbst 1948 ausübte.

In *Oberösterreich* war die Betätigung der politischen Parteien zunächst überhaupt verboten, stattdessen setzten die Amerikaner – wie bereits erwähnt – eine Beamtenregierung ein. Einer vor dem Einmarsch der Amerikaner gebildeten neunköpfigen provisorischen Landesregierung, die aber nur wenige Tage existierte, hatte auch der Kommunist Josef Mitter angehört. Eine von den drei demokratischen Parteien getragene Landesregierung unter Heinrich Gleißner (ÖVP) wurde schließlich erst im Oktober ernannt.¹³ Nur eines ihrer neun Mitglieder war ein Kommunist, nämlich der Landesobmann Franz Haider, der in der NS-Zeit vom Volksgerichtshof zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Als Landesrat war er zuständig für das Wohnungs- und Siedlungswesen und die allgemeine Fürsorge, gleichzeitig war er Landeshauptmann-Stellvertreter. Von 1955 bis zu seinem Tod im Jahr 1968 war er Gemeinderat von Linz.

Ein Sonderfall ist die Zivilverwaltung des *Mühlviertels* in Oberösterreich, das nicht zur amerikanischen, sondern zur sowjetischen Besatzungszone gehörte. Auch hier gab es ab Juli 1945 einen von den drei Parteien beschickten Ausschuss mit insgesamt neun Mitgliedern, darunter zwei Kommunisten: Fritz Kammerer

(Soziale Fürsorge und Umsiedlung) und Josef Stadlbauer (Ernährung).¹⁴ In weiterer Folge gehörten diesem Ausschuss die Kommunisten Hubert Glasl, Josef Jachs und Franz Altendorfer an.

In *Salzburg* bestand die am 23. Mai bestellte Landesregierung aus nur sechs Personen, darunter ein Kommunist, nämlich Hans Meissnitzer, der in der NS-Zeit zum Tode verurteilt und begnadigt worden war, als Referent für das Sicherheitswesen. In *Tirol* ging Anfang Juni die provisorische Landesregierung aus einem vom späteren ÖVP-Außenminister Karl Gruber und weiteren Angehörigen der konservativen Widerstandsbewegung gebildeten Exekutiv Ausschuss hervor. Erst ab Juli 1945 gehörte ihr mit Josef Ronczay auch ein Kommunist an, der mit dem Ressort „Wiederaufbau“ betraut wurde.¹⁵ Auch in *Vorarlberg* wurde die Regierungsbeteiligung der KPÖ erst zu einem späten Zeitpunkt realisiert, war die Partei doch bei der Bildung des achtköpfigen Landesausschusses im Mai zunächst nicht berücksichtigt worden. Erst in Reaktion auf die Anerkennung der Provisorischen Regierung durch die westlichen Alliierten, die nach der Ersten Länderkonferenz Ende September 1945 erfolgt war, wurde Max Haller im Oktober in die Landesregierung aufgenommen.¹⁶ Haller war bis Dezember 1945 Landesrat ohne Geschäftsbereich und zur gleichen Zeit auch Vizebürgermeister von Bregenz. Bis 1965 war er in der Landeshauptstadt als Stadtrat bzw. Gemeinderat vertreten.

Die KPÖ in den Landtagen

Die Landtage wurden 1945 ebenso wie das Parlament erst im Dezember gebildet. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die provisorischen Landesausschüsse gleichzeitig Exekutive und Legislative. Die Wahlen zu den Landtagen fanden am 25. November 1945 zeitgleich mit den Wahlen zum Nationalrat statt. Da das Ergebnis beider Wahlen in den einzelnen Ländern mehr oder weniger identisch war (Tabelle 2), schnitt die KPÖ bei den Landtagswahlen ähnlich enttäuschend ab wie bei den Nationalratswahlen. In drei Bundesländern – Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg – gelang der Einzug in den Landtag nicht. In den übrigen Bundesländern errang die KPÖ ein bis sechs – und insgesamt 15 – Mandate: eines im Burgenland (Otto Mödlagl, gleichzeitig dritter Landtagspräsident), eines in Salzburg (Franz Strasser), zwei in der Steiermark (Ditto Pölzl und Otto Fischer), zwei in Niederösterreich (Robert Du-

Bundesland	Stimmen	Prozent	Mandate	andere Parteien
Wien	70.262	7,90	6	58 SPÖ, 36 ÖVP
Niederösterreich	36.231	5,14	2	32 ÖVP, 22 SPÖ
Steiermark	26.542	5,39	2	26 ÖVP, 20 SPÖ
Burgenland	4.291	3,26	1	17 ÖVP, 14 SPÖ
Kärnten	14.521	8,10	3	18 SPÖ, 14 ÖVP, 1 DPÖ
Oberösterreich	12.418	2,64	–	30 ÖVP, 18 SPÖ
Salzburg	4.781	3,80	1	15 ÖVP, 10 SPÖ
Tirol	3.340	2,18	–	26 ÖVP, 10 SPÖ
Vorarlberg	1.710	2,46	–	19 ÖVP, 7 SPÖ

Tabelle 2: Stimmen-, Prozent- und Mandatszahlen der KPÖ bei den Landtagswahlen am 25. November 1945.

bovsky und Laurenz Genner), drei in Kärnten (Josef Peskoller, Josef Tschofenig und Johann Kazianka), sowie sechs in Wien, wo die KPÖ 7,90 Prozent der Stimmen erhalten hatte (Karl Altmann, Josef Lauscher, Theodor Maller, Viktor Matejka, Ludwig Soswinski und Karl Steinhardt).

Die KPÖ war fortan in nur zwei Landesregierungen vertreten. Aufgrund des Wahlergebnisses wäre ihr zwar weder in Wien noch in Niederösterreich ein Landesrat zugestanden, als Zugeständnis an die sowjetische Besatzungsmacht blieb Laurenz Genner aber in Niederösterreich als „beratendes Organ“ Landesrat ohne Geschäftsbereich. In Wien verzichtete die SPÖ auf einen Sitz im Wiener Stadtsenat, damit Matejka als Kulturstadtrat im Amt bleiben konnte, was einen Hinweis darauf gibt, dass es nicht nur um die Wahrung der demokratischen Einheit ging, sondern SPÖ und ÖVP mit seiner Amtsführung zufrieden sein konnten und Matejka sich großer Wertschätzung erfreute. Matejka schied nach den Wahlen im Oktober 1949 aus dem Wiener Stadtsenat aus, Genner blieb bis November 1954 – mehr oder weniger als „Kontrollorgan“ – Mitglied der niederösterreichischen Landesregierung.

In den einzelnen Landtagen waren KPÖ-Listen zum Teil noch bis 1970 ver-

treten (Tabelle 3): in Salzburg bis 1949, im Burgenland – nach einer Unterbrechung in den Jahren 1949 bis 1953 – bis 1956 (Vinzenc Bőröcz), in Niederösterreich bis 1959 (neben den bereits genannten Genner und Dubovsky noch die Abgeordneten Fritz Lauscher, Karl Mörwald und der Linksozialist Viktor Pospischil), in Wien bis 1969 (neben den oben Genannten noch Josef Hausner, Stefanie Hofmann, Franz Karger, die Linksozialisten Franz Guger und Richard Kronberger, sowie Heinz Christoph vom Bündnispartner *Demokratische Union*) sowie bis 1970 in Kärnten (Hans Kalt und Arnulf Raimund) und – mit Unterbrechung von 1957 bis 1961 – in der Steiermark (Franz Leitner). In diesem Bundesland gelang im Jahr 2005 – im Sog der in den Vorjahren bereits in Graz erzielten Wahlerfolge – der Wiedereinzug in den Landtag mit vier Mandaten, von denen 2010 und 2015 zwei verteidigt werden konnten.

Die KPÖ auf kommunaler Ebene

Die Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien konnte 1945 nicht nur in der Bundes- und den Landesregierungen, sondern auch auf Gemeindeebene realisiert werden, vor allem in der sowjetischen Besatzungszone. Es war eine Grundlinie der sowjetischen Politik,

Tabelle 3: Landtagsmandate der KPÖ in den einzelnen Bundesländern.

Bundesland	1945	1949	1953	1954	1956	1957	1959	1960/ 1961	1964/ 1965	2005	2010/ 2015
Wien	6	7		6			3		2		
Niederösterreich	2	3		3			–				
Burgenland	1	–	1		–						
Steiermark	2	1	1			–		1	1	4	2
Kärnten	3	1	1		1			1	1		
Salzburg	1	–									
gesamt	15	12		12				5	4	4	2

	1946	1948	1949/50	1954/55
Wien	47	47	44	47
Niederösterreich	844	703	325	345
Burgenland	205	206	41	57
Steiermark	116	110	100	47
Kärnten	113	118	31	23
Oberösterreich	88	84	53	40
Salzburg	47	25	14	8
Tirol	10	6	2	1
Vorarlberg	5	5	6	5
gesamt	1.475	1.304	616	573

Tabelle 4: Kommunistische Gemeinderäte (bzw. in Wien Bezirksräte) auf Basis von Vereinbarungen der drei Parteien bzw. auf Grundlage des Ergebnisses der Landtagswahlen am 25. November 1945 (1946 und 1948) sowie nach den Gemeinderatswahlen der Jahre 1949/50 und 1954/55.

in den von der Roten Armee besetzten Teilen Österreichs die zivile Gewalt sofort in die Hände lokaler antifaschistischer Kräfte zu legen. Die örtlichen Militärkommandanten wurden angewiesen, unmittelbar nach der Befreiung provisorische Bürgermeister einzusetzen.

In *Niederösterreich* verlief die Auswahl dieser Amtsträger weitgehend unsystematisch und willkürlich. In einigen Orten wurden etwa die bis 1938 amtierenden Bürgermeister wieder bestellt, in anderen Gemeinden wurden von der Bevölkerung vorgeschlagene lokale Honoratioren berufen bis hin zum örtlichen Pfarrer.¹⁷ Festzuhalten ist, dass es zu keiner einseitigen Besetzung der Bürgermeisterämter mit kommunistischen Parteigängern und zu keiner Bevorzugung der KPÖ kam, wie etwa in neueren wissenschaftlichen Untersuchungen behauptet wird.¹⁸ Wie viele Kommunisten im Jahr der Befreiung in Niederösterreich als Bürgermeister tätig waren, lässt sich aufgrund fehlender amtlicher und auch parteiinterner Statistiken nicht eindeutig feststellen. Eigene Recherchen auf Basis von Archivquellen und Heimatbüchern belegen, dass in knapp 100 Gemeinden ein Kommunist an der Spitze der Gemeindeverwaltung stand, wobei diese Zahl wohl etwas nach oben zu korrigieren sein wird. Nun war Niederösterreich 1945 ein Kleingemeindeländ mit mehr als 1.600 Gemeinden. (Erst in den 1960er und 1970er Jahren reduzierte sich deren Zahl infolge von Gemeindezusammenlegungen auf schließlich 573 im Jahr 1973.) Hieraus ergibt sich ein Anteil an

kommunistischen Amtsträgern von knapp über sechs Prozent, was schwerlich als ein kommunistisches Übergewicht interpretiert werden kann.

Zu berücksichtigen ist gewiss, dass die kommunistischen Amtsträger zumeist in den Apriltagen ernannt wurden, es also allenfalls in dieser ersten Phase eine gewisse Bevorzugung gab. Ab Mai wurden von den Militärkommandanten fast nur noch Bestätigungen der bereits amtierenden Bürgermeister vorgenommen. Überproportional vertreten waren Kommunisten in den industriell geprägten Bezirken wie Wiener Neustadt, Baden und Neunkirchen, jedoch stößt man auch im Bezirk Wiener Neustadt auf nur zehn Kommunisten von insgesamt 40 Bürgermeistern, was einen Anteil von exakt 25 Prozent bedeutet. Kommunistische Bürgermeister amtierten weiters in der späteren Landeshauptstadt St. Pölten (Franz Käfer), in Korneuburg, Ebreichsdorf, Neunkirchen und Ternitz, aber auch in Gmünd und Waidhofen an der Ybbs, um nur wenige Beispiele zu nennen. In diese Statistik einbezogen wurden auch der Bürgermeister (bzw. Bezirksvorsteher) von Klosterneuburg, dem damaligen 26. Wiener Gemeindebezirk, und jene Ortsvorsteher, die in den Randgemeinden der damaligen Wiener Bezirke Mödling und Schwechat amtierten, die erst 1954 als eigenständige Gemeinden nach Niederösterreich rückgegliedert wurden (z.B. Brunn am Gebirge oder Wiener Neudorf).

Den Bürgermeistern zur Seite standen provisorische Orts- und Gemeindeausschüsse, die in einigen Gemeinden

auf Initiative der Bevölkerung und von Parteienvertretern bereits im April gebildet worden waren. Im Mai wurden die Bezirkshauptmänner von der Landesregierung angewiesen, in jenen Orten Bürgermeister und provisorische Gemeindeausschüsse einzusetzen, in denen bisher weder die Besatzungsmacht noch die örtliche Bevölkerung initiativ geworden war. Bei deren Bildung sei laut Erlass des provisorischen Landesausschusses vom 11. Mai zwar dem proportionalen Verhältnis der letzten Landtagswahlen des Jahres 1932 zu entsprechen, ebenso sollte jedoch „den derzeitigen Verhältnissen in möglichst großem Maße“ entgegengekommen werden,¹⁹ womit die Berücksichtigung kommunistischer VertreterInnen angesprochen wurde. Die Bildung der Gemeindeausschüsse aus VertreterInnen der drei Parteien ließ sich aber nicht durchgehend realisieren, weil es in kleineren Landgemeinden oft keine Kommunisten gab.

Beispielhaft für die unmittelbar nach der Befreiung einsetzende Aufbauarbeit der KPÖ an der Basis sind die beiden niederösterreichischen Industrieorte Neunkirchen und Ternitz. Hier ergriffen lokale Kommunisten bereits in den ersten Apriltagen die Initiative, um die Österreichweit ersten Gemeindeverwaltungen zu etablieren. In Neunkirchen wurde bereits am 2. April ein Gemeindeausschuss mit dem Kommunisten Karl Goll an der Spitze gebildet. Im ebenso am 2. April von der Roten Armee befreiten benachbarten Ternitz kam einen Tag später die Konstituierung des provisorischen Gemeinderats zustande, dem neben dem kommunistischen Bürgermeister Johann Brenner ein kommunistischer Vizebürgermeister und weitere 18 Gemeinderäte angehörten, davon 13 KPÖ-Mitglieder. Das Übergewicht der KPÖ in den Gemeindeausschüssen dieser Industriegemeinden kam nicht durch politischen Druck der Besatzungsmacht zustande oder etwa weil sich die KommunistInnen vorgedrängt hätten, sondern vor allem deshalb, weil andere politische Kräfte zu diesem frühen Zeitpunkt schlichtweg nicht auf den Plan getreten waren: die SPÖ oder eine christlich-soziale bzw. bürgerliche Partei existierten zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht.

So bauten KommunistInnen der ersten Stunde in diesen und anderen Industriegemeinden die öffentliche Verwaltung auf und wurden im Interesse der Bevölkerung aktiv, lange bevor entsprechende Weisungen seitens der Landesregierung erfolgten. Sie kümmerten sich aus eige-



Franz Käfer (1891–1962), kommunistischer Bürgermeister von St. Pölten 1945 bis 1950.

nem Antrieb – und nicht etwa auf Geheiß einer zu diesem Zeitpunkt noch nicht formierten Parteiführung – um die Wiederherstellung der Sicherheit, um die Lebensmittelversorgung, um die Wiedereingangssetzung der Betriebe und des Verkehrs usw. Nach einer gewissen Stabilisierung wurden die provisorischen Gemeindevausschüsse schließlich den politischen Verhältnissen angepasst: So wurde die Neukonstituierung des Ternitzer Gemeinderats am 7. Juni 1945 im Verhältnis 12 KPÖ, 10 SPÖ und 4 ÖVP vorgenommen, in Neunkirchen setzte sich der Gemeinderat ab Mai drittelparitätlich aus VertreterInnen der drei Parteien zusammen.

Auch in *Wien* waren die KommunistInnen die ersten, die in den April-Tagen die Initiative ergriffen, um die schwierige Lage zu meistern und das öffentliche Leben in Gang zu bringen. Sie organisierten die ersten Aufräumungsarbeiten, die Versorgung mit Lebensmitteln, die Verpflegung der Spitäler, die Wiedereingangssetzung des öffentlichen Verkehrs usw. Die Tatsache, dass kommunistische AktivistInnen im April 1945 die wichtigste organisierende Kraft der Wiener Bevölkerung waren, spiegelte sich auch beim Wiederaufbau demokratischer Verwaltungsstrukturen wider: So wurden in den einzelnen Bezirken von lokalen Sowjetkommandanturen so genannte „Bezirksbürgermeister“ eingesetzt bzw. bestätigt, woraus zunächst ein deutliches Übergewicht an kommunistischen Amtsträgern resultierte. Im Mai 1945 gehörten 13 von 21 Bezirksvorstehern in den „alten“ Wiener Bezirken, also jenen in den Grenzen vor dem „Anschluss“ im Jahr 1938, der KPÖ an. Kommunistische Bezirksvorsteher gab es darüber hinaus

auch in drei der fünf durch Eingemeindungen von den Nazi-Behörden neu geschaffenen Bezirken: in Stadlau (dem damaligen 22. Bezirk), Liesing (damals der 25. Bezirk) und – wie bereits erwähnt – in Klosterneuburg (26. Bezirk). Nimmt man die heutigen 23 Bezirke, also die „alten“ 21 Bezirke inklusive der heutigen Donaustadt (22.) und Liesing (23.), so gab es im Mai 1945 in Wien 15 kommunistische Bezirksbürgermeister.

Die Bezirksbürgermeister übten in den ersten Wochen nach der Befreiung weitreichende Kompetenzen aus, etwa bei der Organisierung des Wohnungswesens, der Ernährung und bei der Sicherstellung der öffentlichen Ordnung. In dieser Phase der Improvisation wurden beispielsweise 18.000 leerstehende Wohnungen geflüchteter Nazis unbürokratisch an Ausgebombte oder an Rückkehrer aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern zugewiesen, Kleidungsstücke und Möbel aus ausgeräumten Naziwohnungen wurden an Bedürftige verteilt. In vielen Bezirken wurden in Absprache mit der Roten Armee eine Hilfspolizei bzw. ein Ordnungsdienst aufgestellt, um gegen Plünderungen einzuschreiten und die Sicherheit zu stabilisieren. Erst in weiterer Folge gingen diese Kompetenzen auf den Bürgermeister bzw. auf den Stadtsenat und die Wiener Polizeidirektion über.

Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses

Nach den Novemberwahlen des Jahres 1945, die die relative Schwäche der KPÖ gezeigt hatten, erhöhten die ÖVP und die SPÖ ihren Druck, den kommunistischen Einfluss zurückzudrängen, auch auf kommunaler Ebene. Zwar fanden im November 1945 keine Gemeinderatswahlen ab, die beiden großen Parteien waren aber bemüht, das Ergebnis der Landtagswahlen unmittelbar und direkt auf die Gemeindeebene anzuwenden und so die KommunistInnen weitgehend auszuschalten. Demgegenüber bezog die KPÖ den aus rechtlicher Sicht einwandfreien Standpunkt, dass die Zusammensetzung der Gemeindevausschüsse auf Basis von Parteienverhandlungen erfolgt sei, weshalb auch zu ihrer Abänderung Parteienvereinbarungen notwendig seien. In *Niederösterreich* wurde hierauf ein entsprechender, mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ bereits im Dezember 1945 gefasster Beschluss der niederösterreichischen Landesregierung nach Verhandlungen mit der KPÖ wieder rückgängig gemacht. Die Neubildung der Gemeinde-



Josef Stockinger (1890–1961), kommunistischer Bürgermeister von Pottenstein (Bezirk Baden) 1945 bis 1955.

ausschüsse erfolgte schließlich aufgrund von örtlichen Parteienverhandlungen und auf Basis der Kräfteverhältnisse in den einzelnen Gemeinden. Hierauf stellte die KPÖ im Frühjahr 1946 in Niederösterreich 844 Gemeinderäte.²⁰ Ein Vergleich mit 1945 ist nicht möglich, da die Anzahl provisorischer KP-Gemeinderäte im Jahr der Befreiung aufgrund des Fehlens einschlägigen Organisationsmaterials nicht bekannt ist bzw. es der Partei wohl auch zeitgenössisch unmöglich war, deren genaue Anzahl zu ermitteln. 1948 waren in Niederösterreich schließlich 703 kommunistische Gemeinderäte in 510 Gemeinden (ohne die Wiener Randgemeinden) tätig (Tabelle 4).

Die überwiegende Mehrheit der kommunistischen Bürgermeister trat im Dezember 1945 bzw. zu Jahresbeginn 1946 freiwillig zurück, um den politischen Kräfteverhältnissen Rechnung zu tragen. Nur in wenigen Gemeinden konnten diese Positionen bis zur ersten Gemeinderatswahl im Jahr 1950 gehalten werden, in einigen Fällen auf Geheiß von Ortskommandanten der Roten Armee. Nach KPÖ-internen Statistiken amtierten im Frühjahr 1946 noch 51, Anfang 1947 36 und Anfang 1948 schließlich 18 kommunistische Bürgermeister (Tabelle 5). Laut niederösterreichischem Amtskalender waren 1949 noch 13 kommunistische Bürgermeister im Amt, KPÖ-Berechnungen zufolge waren es neun, darunter auch Franz Käfer in St. Pölten. Bemerkenswert ist, dass es der KPÖ in einer einzigen Gemeinde gelang, auch nach 1950 weiterhin den Bürgermeister zu stellen, nämlich in Pottenstein im Bezirk Baden, wo Josef Stockinger bei den Gemeinderatswahlen 35 Prozent der

	1945	1946	1947	1948	1949	1950	1951
Wien	15	–					
Niederösterreich	98	51	36	18	9	6	1
Burgenland	26	17	13	11	7	–	
Steiermark	11	3	–				
Kärnten	4	3	3	3	–		
Oberösterreich	8	3	–				
Salzburg	2	2	–				
Tirol	–						
Vorarlberg	1	–					
gesamt	165	79	52	32	16	6	1

Tabelle 5: Kommunistische Bürgermeister in den einzelnen Bundesländern.

Stimmen erreichte und die KPÖ damit stärkste Partei blieb. Stockinger hatte dieses Amt bereits von 1924 bis 1934 für die SDAP ausgeübt und war bei der Bevölkerung überaus beliebt und angesehen. Er führte die KPÖ (bzw. die von ihr unterstützte „Volksopposition“) auch im Jahr 1955, bei den zweiten Gemeinderatswahlen nach 1945, mit 40 Prozent zu einem Wahlsieg. ÖVP und SPÖ gingen darauf aber von der allgemeinen Regel ab, dass immer die stärkste Partei den Bürgermeister stellen sollte und einigten sich auf einen anderen Kandidaten.

Insgesamt erreichte die KPÖ bei den Gemeinderatswahlen in Niederösterreich im Mai 1950 325 Mandate in 169 Gemeinden (5,23 Prozent der Stimmen), also weniger als die Hälfte, die sie zuvor auf der Grundlage von Parteienvereinbarungen innegehabt hatte. Diese Anzahl konnte bei den Gemeinderatswahlen im April 1955 – vor Abschluss des Staatsvertrages – in etwa gehalten werden (305 Mandate, 4,37 Prozent der Stimmen, hinzu kamen 40 Mandate des mit der KPÖ verbundenen *Bundes der Kleinen Landwirte* und VO-naher Namenslisten).

In *Wien* wurden die Bezirksvertretungen bereits im Juli 1945 auf Basis von Parteienverhandlungen umgebildet: Der KPÖ verblieben zu diesem Zeitpunkt noch sieben von 21 Bezirksvorstehern, u.a. Karl Kempf (Favoriten), Elias Terlecki (Meidling), Theobald Wiesinger (Ottakring) und Alois Brunner (Hernals), elf gehörten der SPÖ an, drei der ÖVP. Im Amt blieben auch die drei kommunistischen Bezirksvorsteher in den „neuen“ Bezirken Stadlau (Matthias Böhm), Liesing (Karl Altmann, nicht zu verwechseln mit dem namensgleichen

Energieminister) und Klosterneuburg (Peter Baumgartner). Nimmt man demgemäß die damaligen 26 Wiener Bezirke zur Grundlage, so gab es ab Juli 1945 zehn kommunistische Bezirksvorsteher, bzw. neun (statt bisher 15), wenn man die heutigen, seit 1954 gültigen Stadtgrenzen berücksichtigt. Im April 1946 wurden aufgrund des Ergebnisses der Novemberwahlen alle kommunistischen Bezirksbürgermeister abgelöst.

Nachdem im Jahr 1945 auf Bezirksratsebene knapp 200 MandatarInnen in Anwendung der Drittelparität der KPÖ angehörten, blieben der Partei nach den Wahlen 47 Mandate (von insgesamt 644), nachdem das Ergebnis der Landtagswahlen – die KPÖ erreichte hier 8,03 Prozent – direkt in den einzelnen Bezirken umgesetzt wurde. Die größte Zahl an KP-Bezirksräten gab es in Stadlau mit fünf, nachdem die KPÖ hier 16 Prozent der Stimmen erhalten hatte. In Liesing und Favoriten waren es jeweils vier Mandate, in Floridsdorf, Simmering und in der Leopoldstadt drei, in allen weiteren zwei oder eines. Bei den ersten Bezirksratswahlen im Oktober 1949 erreichte die KPÖ 44 Mandate (7,85 Prozent), 1954 steigerte sie sich auf 47 (8,28 Prozent). Im Unterschied zu anderen Bundesländern blieb damit der Anteil an Bezirksratsmandaten in der Bundeshauptstadt von 1946 bis nach 1955 konstant.

Im *Burgenland* können auf Basis eigener Recherchen zumindest 26 kommunistische Bürgermeister im Jahr 1945 nachgewiesen werden, etwa in Oberwart und Pinkafeld.²¹ 1948 waren von diesen noch 13 im Amt, 1949 immer noch sieben, u.a. Johann Wiesinger in der Statutarstadt Rust (bis 1950), wo die KPÖ bei

den Wahlen des Jahres 1945 34 Prozent der Stimmen erhalten hatte. 1947 gab es in 106 der insgesamt 329 burgenländischen Gemeinden 220 kommunistische Gemeinderäte und sieben Stadträte. Bei den ersten Gemeinderatswahlen im November 1950 erreichte die KPÖ (bzw. der „Linksblock“ und mit ihm verbundene Listen des *Bundes der Kleinen Landwirte*) 41 Mandate. Deren Zahl konnte im November 1954 auf 57 gesteigert werden, nachdem neben der „Volksopposition“ in einigen Gemeinden auch wieder KPÖ-nahe oppositionelle Kleinbauernlisten kandidiert hatten.

In der *Steiermark* gelang es in den Tagen der Befreiung sowohl der „Kampfgruppe Steiermark“, einer seit 1944 im Bereich der Sau- und Koralpe operierenden kommunistischen Partisanengruppe, als auch der Partisanengruppe Leoben-Donawitz in manchen Gemeinden Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen: In Leoben wurde ein so genannter Dreierausschuss der *Österreichischen Freiheitsfront* gegründet, dem Vertreter der drei Parteien angehörten und der vom Kommunisten Sepp Filz geleitet wurde. Der Bürgermeister von Leoben Gottfried Heindler gehörte zumindest kurzzeitig der KPÖ an.²² Im Bezirk Leoben und in Mürzzuschlag waren mit Josef Mandl und Michael Ruschak kommunistische Bezirkshauptmänner im Amt. In Graz wurde der Stadtsenat drittelparitätisch mit jeweils drei Stadträten der Parteien etabliert. Johann Janeschitz, der in der NS-Zeit jahrelang im Zuchthaus gesessen war, wurde Vizebürgermeister. Insgesamt lassen sich zumindest elf kommunistische Bürgermeister in der Steiermark im Jahr 1945 nachweisen, wobei von einer etwas höheren Anzahl auszugehen ist. 1946 waren es nur noch drei in kleineren Gemeinden.

Anfang 1946 wurden in der Steiermark die provisorischen Gemeindevertretungen entlang des Ergebnisses der Landtagswahlen vom November 1945 umgebildet, was zur weitgehenden Ausschaltung des bisherigen kommunistischen Einflusses führte. Der KPÖ verblieben hierauf 110 Gemeinderatsmandate. Nach den Wahlen in Graz im Oktober 1949 (zwei Mandate) und den ersten Gemeinderatswahlen in den übrigen Gemeinden im April 1950 waren es 100. Im Unterschied zu den zweiten Kommunalwahlen nach 1945 in Wien und Niederösterreich gab es in der Steiermark im April 1955 einen Absturz, verringerte sich doch die Anzahl der Mandate auf 47 (inklusive der beiden Grazer Mandate vom Februar 1953).



Karl Kempf (1897–1991), kommunistischer Bezirksvorsteher von Favoriten (Wien X.) 1945–46.

Kommunistische Bürgermeister gab es im Jahr 1945 nicht nur in der sowjetischen Zone, wo sie zumeist von Militärkommandanten ernannt worden waren. So waren in *Kärnten* 1948 noch drei KP-Bürgermeister im Amt, wobei diese von Vertretern der *Osvobodilna fronta*, der mit der KPÖ verbundenen slowenischen Befreiungsfront, besetzt wurden. 1945 war auch in Landskron, der damals größten Landgemeinde Kärntens (sie gehört heute zu Villach), ein Kommunist Bürgermeister, nachdem der zunächst parteilose Sebastian Schiestl im Juli der Partei beigetreten war. Darüber hinaus liegen keine verlässlichen Angaben über kommunistische Amtsträger im Jahr 1945 vor.

Schwierig war die Situation für die KPÖ in den Kärntner Gemeinderäten: So musste die Landesregierung auf Geheiß der britischen Militärregierung im September 1945 eine Gemeindeordnung erlassen, wonach die Gemeindeausschüsse nach dem Ergebnis der letzten Gemeinderatswahlen in den Jahren 1931/32 umzubilden seien. Hierauf mussten die kommunistischen MandatarInnen aus fast allen Gemeindeausschüssen ausscheiden.²³ Wie in allen Bundesländern außerhalb der sowjetischen Zone wurde schließlich das Landtagswahlergebnis vom November 1945 für die Neubildung der Gemeindeausschüsse herangezogen. Was in Niederösterreich für die KPÖ einen Nachteil dargestellt hätte, geriet ihr in Kärnten zum Vorteil, zogen doch nun 113 KommunistInnen in 58 der 267 Kärntner Gemeinderäte ein. Diese vergleichsweise große Zahl lag darin begründet, dass die KPÖ in diesem Bundesland mit 8,1 Pro-

zent ihr Österreichweit bestes Wahlergebnis erreicht hatte. Nach den Gemeinderatswahlen in Klagenfurt und Villach im Oktober 1949 (ein bzw. zwei Mandate) und dem Wahlgang in den übrigen Gemeinden im März 1950 verblieben insgesamt 31 Mandate. Bei den Gemeinderatswahlen im März 1954 konnten nur noch 20 Mandate erzielt werden, zu denen ein Mandat in Klagenfurt und zwei in Villach aus dem Jahr 1953 zu addieren sind.

In *Oberösterreich* gab es 1945 zumindest acht kommunistische Bürgermeister, 1946 waren es noch drei. In Bad Goisern (Bezirk Gmunden) wurde im Mai 1945 der Schriftsteller Arnolt Bronnen im Auftrag der Widerstandsbewegung zum Bürgermeister berufen, ihm folgte wenige Wochen später mit Martin Langeder erneut ein Kommunist. Einen kommunistischen Bürgermeister gab es kurzzeitig auch im östlichen Teil der Stadt Steyr, in jener zweieinhalb Monate dauernden Phase bis Ende Juli 1945, in der die Stadt geteilt war. Der KP-dominierte Gemeinderat von Steyr-Ost nutzte diese wenigen Wochen, um im Stadtteil Münichholz mehrere Straßen nach kommunistischen Widerstandskämpfern zu benennen, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben lassen mussten, u.a. auch nach Alfred Klahr. 1948 gab es im amerikanisch besetzten Teil Oberösterreichs 32 MandatarInnen in 23 Gemeinden, sowie 52 kommunistische VertreterInnen in 51 Gemeinden des sowjetisch besetzten Mühlviertels. Nach den ersten Gemeinderatswahlen im Oktober 1949 blieben der KPÖ (bzw. dem „Linksblock“) 53 Mandate, drei davon in der Landeshauptstadt Linz. Im Oktober 1955 sank diese Zahl auf 40.

Einen KPÖ-Bürgermeister gab es 1945 auch in der Industriegemeinde Hallein in *Salzburg*, wobei Karl Nedomlel bis kurz nach den Novemberwahlen im Amt blieb. Nedomlel war Betriebsrat in der Halleiner Zellulosefabrik, wo die kommunistische Gewerkschaftsfraktion in den unmittelbaren Nachkriegsjahren bei Betriebsratswahlen stets die Mehrheit erzielte. Bei den allgemeinen Wahlen im November 1945 erreichte die KPÖ in Hallein 14,5 Prozent der Stimmen. Nach den Wahlen wurden die Gemeindevertreter im Land Salzburg nach dem Proporz eingesetzt, worauf der KPÖ 25 Mandate in 24 Gemeinden blieben. Nach den ersten Gemeinderatswahlen im Oktober 1949 waren es 14 Mandate, u.a. drei in Hallein, zwei in Saalfelden und eines in der Stadt Salzburg (Heinrich Falterbauer). Deren Anzahl ging nach



Karl Nedomlel, kommunistischer Bürgermeister von Hallein 1945–46.

dem zweiten Wahlgang im Oktober 1954 auf acht zurück.

Am schwächsten war die kommunale Verankerung der KPÖ in Tirol und Vorarlberg: In *Tirol* gab es nach 1945 nur noch sechs Gemeinderäte, u.a. in der Landeshauptstadt Innsbruck, sowie in Schwaz, Telfs und Jenbach. Bei der Gemeinderatswahl, die 1950 in Innsbruck wiederholt werden musste, errang die KPÖ zwei Mandate und damit die einzigen beiden in diesem Bundesland. Eines davon konnte 1953 in Innsbruck gehalten werden. Bei den im März 1956 in den übrigen Gemeinden stattfindenden Gemeinderatswahlen wurde kein Mandat erzielt.

In *Vorarlberg* amtierte im Jahr 1945 in einer Gemeinde ein kommunistischer Bürgermeister: So wurde Richard Kolar, der bereits vor 1938 Landesleiter der Partei war, nach der Befreiung von der Widerstandsbewegung zum Bürgermeister von Klösterle (Bezirk Bludenz) berufen und von der französischen Militärregierung bestätigt. Er blieb bis September 1945 im Amt.²⁴ Auch in im westlichsten Bundesland Österreichs wurden die Gemeindeausschüsse nach dem Proporz des Landtagswahlergebnisses vom November 1945 umgebildet, worauf der KPÖ in den Städten Bregenz, Bludenz, Dornbirn und Feldkirch fünf Gemeinderäte blieben. Bei den ersten Gemeinderatswahlen im April 1950 wurden sechs Mandate errungen (u.a. zwei in Bregenz), beim zweiten Wahlgang im April 1955 waren es fünf.

Gesamtbilanz

Aus den genannten Daten über die regionale und lokale Verankerung der KPÖ nach 1945 ergibt sich folgende Gesamtbilanz für Österreich: Nach Kriegsende war die KPÖ als eine der drei Gründer-

parteien der Zweiten Republik in allen neun Landesregierungen mit zumindest einem Landesrat vertreten, nach den Wahlen vom November 1945 nur noch in Wien und Niederösterreich mit jeweils einem Mitglied. Ab diesem Zeitpunkt saßen in sechs von neun Landtagen insgesamt 15 kommunistische Abgeordnete.

Im Jahr der Befreiung amtierten in Österreich mindestens 165 kommunistische Bürgermeister, eine Zahl, die aufgrund unvollständiger Angaben über Niederösterreich, das Burgenland, Steiermark und Kärnten nach oben zu korrigieren sein wird. Im Frühjahr 1946, vor der nun folgenden Umbildung der Gemeindeausschüsse, waren ca. 75 Bürgermeister, 170 Vizebürgermeister und 1.475 kommunistische Gemeinderäte im Amt. In der sowjetischen Zone wurden die Gemeindeausschüsse auf der Grundlage von Parteienvereinbarungen reorganisiert, in den übrigen Bundesländern auf Basis der Ergebnisse der Landtagswahlen vom November 1945. Die Anzahl der Bürgermeister ging von 1948 auf 1949 von 32 auf 16 zurück. Der überwiegende Großteil der ca. 1.300 Gemeinderäte im Jahr 1948, nämlich ca. 950, war in der sowjetischen Besatzungszone tätig. Nach den ersten Gemeinderatswahlen in den Jahren 1949 und 1950 verfügte die KPÖ bzw. der „Linksblock“ über etwas mehr als 600 Gemeinderatsmandate in knapp 340 Gemeinden. Dieses Ergebnis konnte bei den Gemeinderatswahlen der Jahre 1954 und 1955 in etwa gehalten werden. Erst in der Folgezeit, nach dem Abschluss des Staatsvertrags, ging der Einfluss der KPÖ auf kommunaler Ebene kontinuierlich zurück.

Heute werden die Leistungen der KommunistInnen für den demokratischen Wiederaufbau Österreichs gerne übersehen oder totgeschwiegen, passen sie doch nicht in das sozialpartnerschaftlich geprägte Bild, das die Geschichte der Zweiten Republik als großkoalitionäre Erfolgsstory mit den Hauptakteuren SPÖ und ÖVP zeichnet. Auch im laufenden Gedenkjahr 2015 hat der kommunistische Anteil am Wiederaufbau der öffentlichen Verwaltung in den Jahren nach 1945 so gut wie keine Rolle gespielt. Der 70. Jahrestag der Befreiung Österreichs vom Faschismus ist insofern auch ein Anlass dafür, diesen Aspekt der KPÖ-Geschichte in seiner quantitativen Tragweite in Erinnerung zu rufen.

Anmerkungen:

1/ Freiheit! Frieden! Österreich! Das Referat des Genossen Kopenig auf der Wiener Parteikonfe-

renz am 13. Mai 1945. [Wien] o.J. [1945], S. 13.
2/ Zu den Exilkonzeptionen der KPÖ vgl. Mugrauer, Manfred: Antifaschistische Volksfront und „demokratische Republik“. Die Exilkonzeptionen der Kommunistischen Partei Österreichs vor dem Hintergrund der sowjetischen Österreichpolitik, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 41–76.

3/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2006.

4/ Hautmann, Hans: Die KPÖ im Parlament, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 2, S. 1–10.

5/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 11.1.1946, S. 1f.

6/ Vgl. dazu Rauchensteiner, Manfred: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955. Graz, Wien, Köln: Verlag Styria 1979, S. 75–101. Zum Verwaltungsaufbau insgesamt: Jagschitz, Gerhard: Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung, in: Hilger/Schmeitzner/Vollnhals (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? (wie Anm. 2), S. 367–416, bes. S. 376–416.

7/ Mugrauer, Manfred: Karl Steinhardt (1875–1963). Eine biographische Skizze, in: Steinhardt, Karl: Lebenserinnerungen eines Wiener Arbeiters. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2013 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 7), S. 7–79.

8/ Stadtrat Fellinger angelobt, in: *Österreichische Zeitung*, 21.11.1945, S. 2.

9/ Mugrauer, Manfred: „Angelegenheit Matejka“. Viktor Matejkas KPÖ-Mitgliedschaft im Spannungsfeld von Konflikt und Freiraum, in: *Zeitgeschichte*, 32. Jg. (2005), Nr. 6, S. 371–398.

10/ Ernst, August: Zur Wiedererrichtung des Burgenlandes im Jahre 1945, in: *Burgenländische Heimatblätter*, 30. Jg. (1968), Nr. 3, S. 105–122, hier S. 106–108.

11/ RGASPI 17/128/35/45-51, Bericht der Politverwaltung der III. Ukrainischen Front über die Tätigkeit der Verwaltungsorgane der Stadt Graz und die Stimmung der Stadtbevölkerung, 21.6.1945, Dok. 17 in Mueller, Wolfgang/Suppan, Arnold/Naimark, Norman M./Bordjugov, Gennadij (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2005, S. 163–167.

12/ Wadl, Wilhelm: Das Jahr 1945 in Kärnten. Ein Überblick, hg. vom Kärntner Landesarchiv. Klagenfurt 1985, S. 22–57; Walzl, August: Kärnten 1945. Vom NS-Regime zur Besatzungsherrschaft im Alpen-Adria-Raum. Klagenfurt: Universitätsverlag Carinthia 1985, S. 249.

13/ Oberösterreich April bis Dezember 1945. Ein Dokumentarbericht, hg. v. Oberösterreichischen Landesarchiv. Linz: OÖ. Landesarchiv 1991 (Quellen zur Geschichte Oberösterreichs, Bd. 2).

14/ Leimlehner, Erich Karl: Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945 bis 1955. Zürich: Juris 1974, S. 84f.

15/ Köfler, Gretl: Widerstandsbewegung und politischen Parteien in Tirol, in: Pelinka, Anton/Steininger, Rolf (Hg.): Österreich und die Sieger: 40 Jahre 2. Republik – 30 Jahre Staatsvertrag. Wien: Braumüller 1986, S. 37–51, hier S. 48.

16/ Weber, Wolfgang (Hg.): Befreiung und Restauration. Die Protokolle des Vorarlberger Landesausschusses aus dem Jahr 1945. Regensburg: Roderer Verlag 2005 (Quellen zur Geschichte Vorarlbergs, Bd. 6), S. 113.

17/ Dazu und zum folgenden: Mugrauer, Manfred: Die Kommunistische Partei in Niederösterreich, in: Eminger, Stefan/Langthaler, Ernst (Hg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Politik, hg. vom Niederösterreichischen Landesarchiv. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2008, S. 535–564, hier S. 543–548.

18/ Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besetzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2005, S. 71–75, hier S. 74f.

19/ NÖLA, Präs. I, Zl. 4–1945 v. 11.5.1945, Der provisorische Landesausschuss für Niederösterreich an alle Bezirkshauptmänner, Betr.: Übernahme der Amtsgeschäfte.

20/ Die folgenden Angaben über die Anzahl kommunistischer Mandate ab 1946 stützen sich auf Organisationsmaterialien im Zentralen Parteiarchiv der KPÖ, die aus Platzgründen nicht im einzelnen ausgewiesen werden, sowie auf die zeitgenössische Berichterstattung in der Parteipresse.

21/ Dazu auch: Maier, Otto: Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien, Bd. 2: Gemeinden, Biographien der Bürgermeister. Eisenstadt: Edition Rötzer 1993.

22/ Halbrainer, Heimo: „Im Freiheitskomitee ist nicht gefragt worden, welcher Parteirichtung der einzelne angehört“. Die Volksfrontkonzeption in der Praxis am Beispiel der Österreichischen Freiheitsfront in Leoben 1945, in: Kuretsidis-Haider, Claudia/Mugrauer, Manfred (Hg.): Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2013, S. 181–198, hier S. 186f.

23/ Klagenfurter Gemeinderat ohne Kommunisten, in: *Volkswille*, 24.11.1945, S. 2.

24/ Weber, Wolfgang: Familiengeschichte und Parteipolitik. Ideologische und prosopographische Aspekte einer Dornbirner Arbeiterfamilie im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Montfort. Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs*, 54. Jg. (2002), Nr. 4, S. 276–296, hier S. 289.